

## «Tagblatt»-Podium zum Waffenrecht

**Abstimmung** Am 19. Mai stimmen wir über die Verschärfung des Waffenrechts ab. Die Debatte ist hochemotional. Die Gegner sagen, die Vorlage gefährde das traditionelle Schweizer Schiesswesen, unbescholtene Bürger würden entwaffnet. Die Befürworter dagegen betonen, es sei für die Sicherheit der Schweiz entscheidend, dass sie Mitglied des Schengenraums bleibt.

Wer hat recht? Ist es ein Kniefall vor der EU – oder ein Schritt hin zu mehr Sicherheit? Dazu äussern sich am «Tagblatt»-Podium vom Montag, 6. Mai, der St. Galler SP-Regierungsrat Fredy Fässler und Andrea Caroni, FDP-Ständerat Appenzell Ausserrhodens (beide Pro) sowie Jakob Büchler, alt Nationalrat und Präsident der St. Galler Schützen, und Esther Friedli, Generalsekretärin SVP Kanton St. Gallen (beide Contra).

Moderation der Veranstaltung im Pfalz Keller von «Tagblatt»-Chefredaktor Stefan Schmid, und Jürg Ackermann, stellvertretender Chefredaktor. Ab 18.30 Uhr gibt es Bratwurst und Bürl für die Besucher, um 19.30 Uhr startet dann die Podiumsdiskussion. (cz)

## Verdacht auf stille Verstaatlichung

**Vorstoss** In der Schweiz sei zu beobachten, dass staatsnahe Unternehmen Gewerbebetriebe und KMU aufkaufen. Das schreibt die Kreuzlinger FDP-Kantonsrätin Cornelia Zecchinell in einem Vorstoss. Als Beispiel führt sie den Energieversorger BKW an. Mehrheitsaktionär ist in diesem Fall der Kanton Bern. Das Unternehmen habe in sechs Jahren laut NZZ gut 70 Gewerbebetriebe und KMU gekauft, wird festgehalten.

Zecchinell ortet eine «stille Verstaatlichung». Sie schreibt: «Der Staat soll jedoch nur diejenigen Aufgaben übernehmen, die Private nicht bewältigen können.» Der Staat dürfe Private nicht konkurrenzieren. Die Kantonsrätin will von der Regierung wissen, wie viele private Unternehmen der Kanton Thurgau in den vergangenen drei Jahren gekauft habe.

Weiter fragt sie, ob Akquisitionen geplant seien und nach welchen Kriterien solche vorgenommen würden. «Wie sorgt der Kanton vor, dass dadurch keine Konkurrenzierung der Privatwirtschaft entsteht?» Zecchinell fragt auch in die andere Richtung: «In welchen Bereichen sind sinnvolle Privatisierungen angezeigt?» (seb.)

ANZEIGE



# Noch elf Verfahren sind hängig

**Thurgau** Mit dem Schlussbericht zum Fall Hefenhofen endet die politische Aufarbeitung des Tierschutzskandals. Dennoch will die GFK weiterhin genau prüfen, wie die empfohlenen Massnahmen beim Kanton umgesetzt werden.

Silvan Meile

silvan.meile@thurgauerzeitung.ch

Auch wenn Hefenhofen ein Symbol für Tierleid bleibt, ist nun die politische Aufarbeitung des Skandals abgeschlossen. Die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission (GFK) ist in ihrem Bericht zu Hefenhofen grundsätzlich zufrieden, wie der Kanton seine Lehren aus dem Fall zieht. «Die Regierung hat Empfehlungen der unabhängigen Untersuchungskommission rasch umgesetzt», sagt GFK-Präsident Walter Hugentobler. So wurde beispielsweise im Veterinäramt bereits eine Stelle zur **juristischen Unterstützung** geschaffen. Ausserdem will der Kanton ein **Monitoring zur frühzeitigen Erkennung von Problemfällen** einführen. Der Fall habe viele weitere Hebel in Bewegung gesetzt, sagt Hugentobler.

Zu sämtlichen Empfehlungen, die aus der unabhängigen Untersuchung um Hanspeter Uster hervorgingen, hat die GFK in ihrem Bericht bei der Regierung nach dem Stand der Umsetzung nachgefragt. Die Haltung der Regierung zu den einzelnen Empfehlungen wird im GFK-Bericht aber nur vage zum Ausdruck gebracht. Etwa bezüglich **Wahrnehmung der Aufsichtspflicht und Unterstützung der Gemeinden** heisst es vom Kanton: «Diesbezüglich sind alle Departemente in ihrer Zuständigkeit gefordert» Eine Aussage, wie das umzusetzen sei: Fehlanzeige. Zum **Einsatz einer Begleitgruppe?** «Grundsätzlich ein zielführendes Instrument». Braucht es **Parteirechte im Verwaltungs- und Strafverfahren?** «Der Vorschlag ist zu prüfen.»

Bei der GFK zeigt man sich dennoch zufrieden. «Wir haben das Gefühl, dass die Regierung sehr gewillt ist, Massnahmen um-



Räumung: Am 8. August 2017 werden auf dem Hof in Hefenhofen die Tiere abtransportiert.

Bild: Manuel Nagel

zusetzen», sagt Hugentobler. Die GFK selber sieht keinen zusätzlichen Handlungsbedarf, eigene Empfehlungen aus dem Fall zu formulieren. Der Bericht geht nun an sämtliche Kantonsräte. Eine Diskussion im Grossen Rat sei nicht angedacht.

### «Vieles nur angedeutet, grob skizziert»

«Der vierseitige Bericht ist aufgrund der Komplexität dieses Falles eher mager ausgefallen», sagt Jost Rüegg, Kantonsrat der Grünen. «Wie Regierung und Verwaltung im Umgang mit solchen oder ähnlichen Fällen künftig handeln werden, muss man zwischen den Zeilen lesen, man kann sich somit davon nur ein vages Bild machen.» Vieles sei nur

angedeutet, grob skizziert und lediglich als Versprechen abgegeben. Ähnlich reagieren andere Kantonsräte. «Die Antwort fällt dünn aus und protokolliert hauptsächlich, was die Regierung aus den Empfehlungen des Untersuchungsberichts macht», sagt Urs Martin von der SVP. Und auch Ueli Fisch von den Grünliberalen sagt: «Man erfährt kaum Neues.» Er habe einen umfangreichen Bericht zum Abschluss dieses grossen Tierschutzskandals erwartet. Pascal Schmid (SVP) hofft, dass künftig bei Anzeichen auf Verstösse konsequent kontrolliert wird. «Man ist auf dem richtigen Weg. Der Härtestest wird aber erst noch kommen.»

Statt der Regierung zusätzliche Empfehlungen auf den Weg

zu geben, legt die GFK ein besonders Augenmerk darauf, wie die empfohlenen Massnahmen in den entsprechenden Departementen umgesetzt werden. Im Rahmen eines «Projektcontrollings» sollen die Staatskanzlei und die kantonalen Ämter regelmässig Bericht erstatten, wie es um die von der Untersuchungskommission empfohlenen Massnahmen steht. «Es ist auch für uns ein Lehrstück», sagt Hugentobler. Deshalb hat nun die GFK das Controlling eingerichtet, das über die Grenzen der Departemente funktioniert.

Für die Justiz ist der Fall des Tierschutzskandals Hefenhofen noch lange nicht abgeschlossen. Aktuell seien noch elf gerichtliche Verfahren offen, in die der

Kanton involviert ist. «Hinzu kommt ein Strafverfahren der Staatsanwaltschaft Bischofszell.» Das geht aus dem GFK-Bericht weiter hervor.

Die Räumung des Hofes kostete 232 000 Franken. Der Erlös aus den Versteigerungen der Tiere beläuft sich auf 245 000 Franken. Die Kosten der Untersuchung um Hanspeter Uster kommen den Kanton auf 776 000 Franken zu stehen. Ursprünglich war die Rede von 818 000 Franken. Der Regierungsrat will diesen Betrag mit der Genehmigung des Geschäftsberichts 2018 vom Grossen Rat absegnen zu lassen. Urs Martin hat hierzu rechtliche Bedenken und sagt, dieser Betrag müsste mit einem Nachtragskredit legitimiert werden.

## Das Schlupfhuus muss schliessen

**Notunterkunft** Der Kanton St. Gallen und die Trägerschaft sind sich nicht einig geworden. Nun macht das Schlupfhuus zu, ein Angebot für Kinder und Jugendliche in Not. Die Politik reagiert prompt.

Die Türen des Schlupfhuuses standen immer offen, jeden Tag, 24 Stunden, 18 Jahre lang. Im Frühling 2020 sollen sie geschlossen werden, endgültig. Das Angebot für Kinder und Jugendliche in Not, das bisher von der Stiftung Ostschweizer Kinderspital getragen wurde, wird in der jetzigen Form und am jetzigen Standort beim Kinderspital in St. Gallen nicht weitergeführt, wie die Staatskanzlei gestern vermeldete. Weil «ein wirtschaftlicher Betrieb für dieses kleine unabhängige Angebot immer schwieriger wurde», wie es in der Mitteilung heisst.

Der Kanton führt ein «jährlich resultierendes Defizit» ins Feld, das er langfristig nicht übernehmen könne. Im vergangenen Jahr waren das laut Stiftungspräsident Arno Noger rund 300 000 Franken. Den Verlust übernahm der Kanton, der gemäss Sozialhilfegesetz auch für einen Drittel der Betreuungskosten aufkommt. Zwei Drittel werden von den Wohngemeinden übernommen.

Auch sie beklagten sich über hohe Kosten.

Die Aufenthaltsdauer sei tendenziell kürzer geworden, führt Noger als Grund an. Auch, weil die Kesb gefährdete Kinder und Jugendliche lieber in der Nähe ihres Wohnorts denn in St. Gallen platzieren. Das Schlupfhuus mit seinen acht Betten war deshalb oft unterbelegt. Oder plötzlich wieder überbelegt, da die Auslastung nicht planbar sei. In der Mitteilung ist von «starken Auslastungsschwankungen» die Rede.

Pro Betreuungsfall seien die Kosten folglich stark gestiegen, da unabhängig von der Anzahl belegter Betten eine 24-Stunden-Betreuung garantiert werden müsse, so Noger. Zusätzliche Sparmassnahmen seien deshalb unmöglich.

### Nachfolgelösung ist noch völlig offen

Bis im März 2020 soll der Betrieb weitergeführt werden, wenn möglich mit den bisherigen Mitarbeitern, die mit Bedauern auf

den Entscheid des Kantons reagiert hätten. Noger betont: «Für die Jugendlichen, Kinder, Eltern und Behörden ändert sich bis dahin nichts.» Nichts ändern soll sich auch für das Beratungszentrum In Via und das Angebot für Weiterbildung und Prävention, die ebenfalls vom Kinderspital betrieben werden, wie es in der Mitteilung heisst.

«Es braucht im Kanton weiterhin ein Notfallangebot für Kin-



Im St. Galler Schlupfhuus erhalten Kinder in Krisensituationen Unterschlupf. Bild: Hanspeter Schiess

der und Jugendliche», sagt Christina Manser, Leiterin des kantonalen Amtes für Soziales. Deshalb suche der Kanton nach einer Nachfolgelösung. «Dabei sollen nach Möglichkeit Synergien mit einem bestehenden Leistungserbringer im Sozialbereich genutzt werden», heisst es in der Mitteilung. Konkret soll das Schlupfhuus an eine Institution, etwa ein Heim, angegliedert werden, das ohnehin eine 24-Stunden-Betreuung unterhält. Wie diese Lösung aussehen soll, ist aber noch völlig offen.

### Überraschung, Unverständnis, Befremden

Die SP-Grünen-Fraktion reagierte umgehend auf die Nachricht zur Schlupfhuus-Schliessung. In einer Medienmitteilung spricht sie von «Befremden», von «Überraschung und Unverständnis». Noch in der November-Session hat der Kantonsrat über die Finanzierung des Schlupfhuuses beraten, das fortan dem Frauenhaus gleichgestellt werden sollte.

In der Botschaft schrieb die Regierung: «Das Schlupfhuus ist das einzige seiner Art in der Ostschweiz. Die Notwendigkeit, dass in der Region ein solches besteht, ist unbestritten». Allerdings war bereits von «Optimierungsmöglichkeiten» die Rede. «Dass Optimierung am Ende aber Schliessung bedeutet, damit hat niemand gerechnet», heisst es in der Mitteilung von SP und Grünen.

Insbesondere das Vorgehen stösst auf Unverständnis. «Es ist nicht opportun, ohne Sicherheit für die Zukunft die bisher bewährten Strukturen aufzugeben.» Die Fraktion fordert die Regierung auf, die Leistungsvereinbarung mit der Trägerstiftung fortzuführen und kündigt eine einfache Anfrage im Rat an. Anders reagierte die FDP. Sie begrüsse, dass Alternativen geprüft werden, schreibt sie. Die Nutzung von Synergien sei «allenfalls vielversprechend».

Noemi Heule  
noemi.heule@tagblatt.ch